Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 103 — Sonnabend, den 1. September 1928 — 41. Jahrgang

Das Normaljahr der Reparationen.

Wo bleibt ein Kellogg-Pakt der Wirtschaft?

Die Zeit der „Schonung" ist vorüber. Die Höchstbelastung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationsleistungen setzt ein. Der 1. September bedeutet den Anfang des sogenannten Normaljahres, wie ihn der Dawes-Plan nach vier Jahren allmählich ansteigender Belastung bekanntlich statuiert hat. Ein schiefer Ausdruck, der die falsche Vorstellung erweckt, daß die Tribute, die Deutschland in diesem Jahre zahlen soll, bereits als die Norm für alle künftigen Jahre durch das Londoner Abkommen festgelegt sei. Die Sachverständigen, die seinerzeit den Dawes-Plan ausgearbeitet haben, haben ihn niemals als eine endgültige Lösung des Reparationsproblems angesehen, sondern ihn ausdrücklich nur als geeignet betrachtet, ein endgültiges umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandten Fragen zu erleichtern, sobald die Verhältnisse das ermöglichen. Der Reparationsagent Parker Gilbert hat auch in seinen letzten Berichten nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es an der Zeit sei, eine Endsumme für Deutschlands Verpflichtungen festzusetzen und so eine Revision des Dawes-Planes herbeizuführen. Es handelt sich also im kommenden Reparationsjahr um eine Art Generalprobe, um eine Höchstbelastungsprobe, bei der Dampfkessel der deutschen Wirtschaft ausgesetzt werden soll. Wird er sie aushalten oder wird der Überdruck Ventile und Hebel abreißen und nicht nur am deutschen Kessel selbst, sondern auch in seiner ganzen Umgebung schwere Verwüstungen anrichten? Die Aussichten auf einen günstigen Verlauf des Experiments sind nicht sehr ermutigend.

Was zahlten wir bisher? Im ersten Jahre 1924/25 1000 Millionen Mark, im zweiten Jahr 1220 Millionen, im dritten 1500 Millionen und im vierten Jahre, dem eben verflossenen, 1750 Millionen. Jetzt beginnt das erste Jahr mit der vollen Reparationsbelastung in Höhe von zweieinhalb Milliarden Goldmark. Wir sehen also nach einem allmählichen Aufstieg plötzlich einen gewaltigen Sprung von 750 Millionen und diese Mehrleistung muß der Reichshaushalt allein aufbringen, da die beiden anderen Quellen, Industrie und Reichsbahn, bereits ihre volle Belastung erreicht haben. Die Zahlungen sind bisher prompt geleistet worden und werden auch im kommenden Jahr geleistet werden, da das Aufkommen der verpfändeten Steuereinnahmen dafür haftet; es fragt sich nur, wie und ob es überhaupt möglich sein wird, den Etat auszubalancieren, dessen Defizit für das Jahr 1928/29 man bereits, gewiß nicht übertrieben hoch, mit 300 Millionen geschätzt hat.

Durch die bis jetzt erfolgte pünktliche Aufbringung der Zahlungen ist besonders im Auslande die Meinung entstanden, daß der Dawes-Plan durchaus befriedigend funktioniert habe und die Frage einer Revision durchaus nicht brennend sei. Aber die Mittel für die Zahlungen sind nicht, wie der Plan es vorsah, aufgebracht worden aus den Überschüssen der deutschen Wirtschaft oder aus den Ausfuhrüberschüssen; Deutschland hat nicht eigene Kapitalien ausgeführt, sondern die Zahlungen sind nur möglich geworden aus der großen Summe von Leihkapital, das als Strom kurz- oder langfristiger Anleihen aus dem Ausland nach Deutschland geflossen ist. Der Reparationsagent bezweifelt in seinem letzten Zwischenbericht die Fortdauer der ausländischen Kapitalgewährung an Deutschland und setzt damit, wenn auch nicht ausdrücklich, auch Zweifel in die Möglichkeit, daß Deutschland, ohne eine eigene Kapitalbildung und Lebenserhaltung in geradezu vernichtender Weise anzugreifen und zu verringern, in Zukunft imstande sein wird, die Verpflichtungen in der vom Dawes-Plan in Aussicht genommenen Weise zu erfüllen.

Die weltpolitische Lage scheint zurzeit noch nicht geeignet zu sein, eine Revision der Londoner Bestimmungen anzuschneiden und eine endgültige Festsetzung der Schuldsumme und ihrer Zahlungsmodalitäten herbeizuführen. Amerika wird vor seiner Präsidentschaftswahl und England vor seinen im Frühjahr stattfindenden Neuwahlen nicht gewillt sein, weittragende Entschlüsse, wie sie die Revision des Dawes-Planes mit sich bringen muß, zu fassen. Wir werden uns deswegen wohl noch gedulden müssen, aber eine allzulange Geduldsprobe wird auch unseren Gläubigern nichts nützen. Und wir dürfen nicht aufhören, immer wieder auf die Notwendigkeit einer Revision in unserem Interesse und in dem Interesse unserer Gläubiger hinzuweisen. Wir haben ein Locarno und einen Kellogg-Pakt gehabt, gleicher Abmachungen über den Wirtschaftsfrieden bedürfen wir dringend. Und zwar bald!

Der Genfer Minderheitenkongreß.

Besprechungen in Baden-Baden.

Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris ist vorbei. Der Pakt soll ein Versuch sein, der Welt den Frieden zu bringen. Und es ist wohl nicht als Zufall zu betrachten, daß nach seinem Abschluß unmittelbar in Genf die Beratungen des Völkerbundrates beginnen. Ist man überall ernsthaft gesonnen, den auf dem Papier des Kriegsächtungspaktes niedergelegten Willen zur Tat umzuwandeln, so ergibt sich in Genf reichlich Gelegenheit, dem vorgezeichneten Ziel näherzukommen. Zur Einleitung der Ratstagung, die in einigen Tagen vor sich geht, wurde Mittwoch der Vierte Minderheitenkongreß in Genf eröffnet. Den Vorsitz führte der slowenische Abgeordnete im italienischen Parlament, Dr. Wilfan. Anwesend waren etwa 70 Delegierte der nationalen Minderheiten aus den verschiedensten Teilen Europas. Der Vorsitzende begrüßte die neu eingetretenen Gruppen der bulgarischen Minderheit in Rumänien und der ukrainischen Minderheit aus Polen und der Tschechoslowakei. Drei Minderheitsgruppen aus Deutschland sind im vorigen Jahre ausgetreten und bleiben dem diesjährigen Kongreß fern. Dr. Wilfan betonte, der Völkerbund müsse bei der überall hervortretenden nationalen Unduldsamkeit ernsthaft an die Behandlung des Minderheitsproblems herantreten und einen ständigen Ausschuß für diese Fragen bilden. An den amerikanischen Staatssekretär Kellogg wurde ein Telegramm gerichtet, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß er das Werk der Achtung des Krieges durch die Achtung der Vergewaltigung der Minderheiten in Europa krönen werde.

Mittwoch traf die deutsche Delegation in Baden-Baden ein und Staatssekretär v. Schubert begab sich sofort in das Hotel Bellevue zu Reichsaußenminister Dr. Stresemann, um dem eine Besprechung über die Genfer Ratstagung stattfand. Danach wurde die Reise nach Genf fortgesetzt. Der Gesundheitszustand Dr. Stresemanns ist befriedigend.

51. Tagung des Völkerbundrates.

Stresemann und Chamberlain fehlen.

Donnerstag gegen Mittag begann der Völkerbundrat in Genf unter dem Vorsitz des finnischen Außenministers Procope seine erste nichtöffentliche Sitzung. Vor Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab der Ratspräsident seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß Sir Austen Chamberlain und Reichsaußenminister Dr. Stresemann verhindert seien, an den Beratungen teilzunehmen. Er erhielt die Ermächtigung, an die beiden Herren Begrüßungstelegramme mit dem Wunsche baldiger Genesung zu übermitteln. Der als Stresemanns Vertreter erschienene Staatssekretär von Schubert betonte, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann es außerordentlich bedaure, nicht anwesend sein zu können.

Die an die nichtöffentliche anschließende öffentliche Sitzung brachte kaum Stoff, der das Interesse der Öffentlichkeit in größerem Maßstabe beanspruchen konnte. Trotzdem sieht man den weiteren Beratungen mit großer Spannung entgegen, denn man erwartet, wenn auch nicht Entscheidungen, so doch grundsätzliche Auseinandersetzungen über die polnisch-litauischen Streitigkeiten sowie über die Fragen der Rheinlandräumung und der endlichen Klärung der deutsch-französischen Beziehungen.

Die Räumungsfrage.

Nach wie vor herrscht Unklarheit über den Inhalt des Gespräches zwischen Dr. Stresemann und Poincaré in Paris. Man ist sich darüber einig, daß zwar zwischen Stresemann und Briand alle zur Erörterung stehenden deutsch-französischen Fragen besprochen worden sind. Aber auch darüber ist Bestimmtes nicht bekanntgegeben worden. Man nimmt an, daß bei der Völkerbundsitzung auf Grund des Vorgehens der deutschen Regierung zwischen England, Frankreich, Belgien, Italien, Japan und den deutschen Vertretern Besprechungen über die endgültige Räumung des gesamten Rheinlandes abgehalten werden.

Staatssekretär von Schubert hat bei seinem Besuche in Baden-Baden mit Dr. Stresemann verhandelt. Reichskanzler Müller, der auf seiner Reise nach Genf am nächsten Sonntag Stresemann besuchen wird, wurde durch einen Beauftragten des Auswärtigen Amtes in Berlin über den Inhalt der Unterredungen Dr. Stresemanns mit Briand und Poincaré schriftlich und mündlich unterrichtet. Dr. Stresemann wird an den Reichskanzler bei seinem Besuch weitere Informationen geben.

Für Oesterreichs Anschluß.

Kundgebungen in Salzburg.

Auf Einladung der Bundes- und Landesregierung trafen ungefähr 500 Teilnehmer an der gegenwärtig in Bad Reichenhall stattfindenden Tagung des Deutschen Vereins für staatswissenschaftliche Fortbildung in Salzburg ein.

Die Gäste wurden im Festsaal der Residenz im Namen der Bundesregierung von Unterrichtsminister Schmitz begrüßt. Er sagte dabei u. a.: „Die Zeit, die verstrich, seit Österreich aus dem Deutschen Bund schied, ist, historisch gesehen, kurz. Die Zeit aber, in der Österreich, zumeist in führender Stellung, auch in staatlicher Gemeinschaft vereint mit dem gesamten Deutschtum wirkte, ist viel länger, und dennoch mußte es nach dem Kriege sozusagen erst entdeckt werden. Die Tagung des Vereins für staatswissenschaftliche Fortbildung ist uns darum so willkommen, weil sie uns deutsche Freunde und deutsche Brüder in das Land bringt, von denen mancher vielleicht zum erstenmal österreichischen Boden betritt.

Der Vorsitzende des Vereins, der deutsche Staatsminister a. D. Sämisch, wies darauf hin, daß die Republik Österreich in ihrer ersten Verfassung nach der Auflösung der österreichischen Doppelmonarchie sich als Teil der Deutschen Republik bekannt habe. „Beengend empfinden wir es, daß diese Anerkennung ausländischem Zwang hat weichen müssen, aber um so freudiger und dankbarer begrüßen wir es, daß im Rahmen unserer Vereinigung ein Zusammenschluß gerade auf dem Gebiete der außerordentlich wichtigen Zusammenarbeit der staatswissenschaftlichen Tätigkeit erfolgt ist."

Hindenburgs Besuch in Schlesien.

Über Oppeln nach Breslau und Liegnitz.

Reichspräsident von Hindenburg wird am 17. und 18. September die Grenzmark Oberschlesien besuchen. Der Reichspräsident trifft am Montag, dem 17. September, in Oppeln ein, wo er von den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden begrüßt werden wird. Der Reichspräsident wird darauf im Auto nach dem Industriebezirk zum Besuch der Städte Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz weiterfahren. Am Abend findet im Oberpräsidium in Oppeln ein großer Empfang der Vertreter der Behörden und der Wirtschaft statt. Am zweiten Tage wird der Reichspräsident die Stadt Ratibor besuchen, wo er von der oberschlesischen Provinzialverwaltung empfangen wird. Von Ratibor begibt sich der Reichspräsident nach Breslau. Am Abend findet im Oberpräsidium dortselbst ein großer Empfang statt. Am 19. September macht der Reichspräsident zunächst eine Rundfahrt durch Breslau. Um 11 Uhr vormittags wird im Rathaus ein Begrüßungsakt seitens der städtischen Körperschaften stattfinden. Es folgt ein Frühstück, das die Provinzialverwaltung im Landeshause gibt. Am nächsten Morgen fährt der Reichspräsident nach Liegnitz, von dort nach Glogau und nach Fraustadt. Danach erfolgt seine Rückkehr nach Glogau und ein Besuch bei Verwandten im Kreise Steinau. Anschließend begibt sich der Reichspräsident für drei bis vier Tage ins Manöver-gelände in der Gegend von Görlitz-Lauban

Benesch über Weltfrieden.

Schluß des Prager Kirchenkongresses.

In einer stark besuchten Volksversammlung, die der Weltkongreß der Kirchen für Frieden und Freundschaft veranstaltete, wurde eine Rede des tschechoslowakischen Ministers Dr. Benesch verlesen, der am persönlichen Erscheinen verhindert war.

Der Weltfrieden, so führte Dr. Benesch aus, könne nicht durch einen einzigen Akt oder durch einen einzigen Vertrag gesichert werden, auch nicht durch einen Akt, wie es das Genfer Protokoll war, oder die Locarnoverträge oder der Kellogg-Pakt. Vor allem handle es sich um die Möglichkeit, internationale Konflikte auf das Mindestmaß zu beschränken, indem die Ursachen der Konflikte rechtzeitig beseitigt werden. Der zweite Weg sei, daß die Beziehungen zwischen den Völkern in der Nachkriegszeit auf neue rechtliche und moralische Grundlagen gestellt werden und daß eine

feste internationale Rechtsordnung

geschaffen werde. Dr. Benesch kam zu dem Schluß, daß die lebendige und wirkliche Demokratie zum Träger und Förderer der neuen Ideen in den staatlichen Methoden und internationalen Beziehungen führen werde. Kirche und Religion würden immer demokratischer, und zwar nicht bloß in politischem, sondern auch in sozialem Sinne. Diese Entwicklung werde unaufhaltsam weitergehen und so würden Religion und Kirche nicht nur durch den rein religiösen und sittlichen Grundsatz, sondern auch durch ihre neue Entwicklung zum sozialen Fortschritt immer mehr und mehr die Idee des Friedens fördern und ihr dienen.

Die Jugendarbeit,

über die man dann sprach, behandelte der Führer der christlichen Jugendbewegung in Deutschland, Professor Dr. Siebliin. Er betonte, es sei eine dringende Aufgabe der Kirchen, die Jugendorganisationen der verschiedenen Völker in lebendige persönliche Berührung miteinander zu bringen. Zu diesem Zwecke sollen größere und kleinere internationale Konferenzen veranstaltet werden. In einer Entschließung über die Minderheitenfragen wird nachdrücklich gefordert, daß alles getan wird zur Anerkennung des

Rechtes der Minderheiten,

die eine wichtige Voraussetzung für die Versöhnung der Nationen und die Aufrechterhaltung des Friedens seien.

Zum Präsidenten des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen wurde der Erzbischof von Canterbury, Dr. Davidson, der demnächst von seinem Amte als Primas der englischen Staatskirche zurücktreten wird, wiedergewählt. Als internationaler Sekretär des Weltbundes ist von deutscher Seite der Berliner Universitätsprofessor Dr. Siegmund-Schultze gewählt worden.

Erzbischof Soederblom

aus Upsala hielt bei einem dem Kongreß abschließenden Gottesdienst eine Ansprache über die „Weihe zum Frieden". Dr. Soederblom stellte einleitend fest, daß nach der Statistik eines Sachverständigen heute in Europa trotz der Abrüstung der vier besiegten Mächte mehr Männer unter Waffen stünden als vor dem Kriege und mehr Geld für Kriegszwecke ausgegeben werde als damals. Diesen Tatsachen gegenüber könne die Christenheit nicht schweigen. Es gewisse nicht, den Krieg humaner zu machen. Wir müßten das Töten selbst vernichten. Der Kellogg-Pakt ehre die Menschheit und unsei Geschlecht, er müsse jedoch ein Rückgrat erhalten in einer sicheren internationalen Vereinbarung mit einem starken Gerichtshof. Der Friede verlange ein einheitliches und endgültiges Organ für die Zusammenarbeit der christlichen Kirchen.

Stinnes jun. vor dem Untersuchungsrichter.

Die Beschuldigungen in der Anleiheaffäre.

Das aufsehenerregende gerichtliche Ermittlungsverfahren wegen angeblich betrügerischer Verwertung von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280901-11/fragment/page=0001

Kriegsanleihen, das gegen den Berliner Bankdirektor Kunert und den ehemaligen Privatsekretär von Hugo Stinnes jun., von Waldow, geführt wird, hat jetzt auch zu einer Vernehmung von Hugo Stinnes selbst geführt. Hugo Stinnes jun. erschien mit seinem Hamburger Rechtsbeistand im Berliner Kriminalgericht und wurde von Landgerichtsrat Dr. Brühl in ein mehrstündiges Verhör genommen. Die Erörterungen vollzogen sich, den Vorschriften der Strafprozeßordnung entsprechend, unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit. Wie verlautet soll Stinnes zugegeben haben, mit den Unternehmungen Waldows ziemlich genau bekannt gewesen zu sein.

Die Not der kleinen Apotheken.

Apotheker und Tierärzte.

Auf dem Deutschen Apothekertag in Königsberg wurde die Notlage der kleinen Apotheken besprochen. Nach den angenommenen Anträgen soll der Vorstand beauftragt werden, alle erforderlichen Schritte zu tun, um folgendes zu erreichen: Die in der Arzneitaxe vorhandenen Punktartikel sind für einzelne namentlich zu bezeichnende Apotheken zu verlängern. Der an Krankenkassen zu gewährende Zwangsrabatt muß für diese Apotheken beseitigt werden. Das allgemeine Dispensierungsrecht muß beseitigt werden. Das Verbot des Hausierhandels mit Arzneimitteln muß durch entsprechende Aufsicht der Behörden wirksam gemacht werden. Für die allerkleinsten Apotheken muß für eine Subvention gesorgt werden, die das Einkommen der Apotheken auf die Höhe des Tarifgehaltes eines approbierten angestellten Apothekers bringt. Auch muß diesen Kleinbetrieben jede gesetzlich mögliche Erleichterung bei der Aufbringung der gewerblichen Steuern zugestanden werden, weil diese mit der Notwendigkeit des Bestehens der Apotheke im öffentlichen Interesse zu begründen ist. Allein arbeitenden Land- und Kleinstadtapotheken soll auf ihren Antrag die Berechtigung erteilt werden, unter Vorsorge für Notfälle die Apotheke an Sonn- und Feiertagen zu schließen.

Zwischen Apothekern und Tierärzten besteht eine erhebliche Spannung, die in zwei einstimmig angenommenen Anträgen zum Ausdruck kam. Darin wird der Vorstand ernent beauftragt, mit schärfstem Nachdruck auf die Beseitigung des sogenannten Dispensierrechts der Tierärzte hinzuarbeiten. Neben der schärfsten Unterdrückung des ungesetzlichen Arzneimittelhandels und der höheren Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung vom 22. Oktober 1901 sei nur das Verbot der Abgabe von Tierarzneien, die nicht aus öffentlichen Apotheken bezogen seien, geeignet, der Notlage der Land- und Kleinstadtapotheken wirksam abzuhelfen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsch-schweizerischer Schiedsvertrag.

Vom deutschen Gesandten und vom schweizerischen Vorsteher des politischen Departements wurde in Bern unter Ratifikationsvorbehalt ein Protokoll unterzeichnet, das eine Änderung des zwischen Deutschland und der Schweiz abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages zum Inhalt hat. Das Protokoll bezweckt, die das Schiedsverfahren einschränkenden Vorbehalte aufzuheben und dem Vertrag eine neue Bestimmung anzufügen, gemäß der jede der vertragschließenden Parteien sich unmittelbar an den Schiedsgerichtshof wenden kann, wenn innerhalb zweier Monate die Parteien sich nicht über die Einberufung eines Schiedsgerichts haben einigen können.

1930 wieder Interparlamentarische Tagung.

Der Interparlamentarische Rat der Interparlamentarischen Union trat nach Schluß der Tagung in Berlin zu einer kurzen Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung lediglich die Beschlußfassung über Ort und Zeit der nächsten Interparlamentarischen Konferenz stand. Es lagen Einladungen der tschechoslowakischen, der rumänischen und der ungarischen Gruppe vor. Auf der anderen Seite wurde vorgeschlagen, die Interparlamentarische Konferenz nur alle zwei Jahre einzuberufen. Dementsprechend wird die nächste Tagung der Interparlamentarischen Union erst 1930 stattfinden, und zwar in einem der drei Länder, von denen die Einladungen ergangen sind.

Die verlangte Drosselung der Getreideeinfuhr.

Bei den Erörterungen über die Finanzierung der Ernte wurde auch der Vorschlag laut, die Reichsregierung solle die Getreideeinfuhr vom Auslande drosseln. Dazu biete § 4 des Zollgesetzes die Handhabe. Dieser Paragraph gibt nun allerdings der Regierung die Befugnis, mit Erschwerungen gegen die Getreideeinfuhr vorzugehen. Dazu ist aber die Zustimmung des Reichsrats und des beauftragten Reichstagsausschusses notwendig. Bei der Zusammensetzung des jetzigen Reichstages ist jedoch an solche Zustimmung kaum zu denken.

Deutschnationales Bekenntnis zum Monarchismus.

In einer parteioffiziösen Erklärung zum Urteil im Fall Lambach heißt es: „In ihrer Entschließung zum Fall Lambach vom 8. und 9. Juli hat die Parteivertretung einstimmig beschlossen, sich aus dem Anlaß des Falles Lambach erneut zu den Grundsätzen ihres monarchischen Parteiprogramms zu bekennen. Deshalb ist es ein Irrtum, wenn behauptet wird, sie werde sich im Oktober darüber zu entscheiden haben, ob die Deutschnationale Volkspartei grundsatzgetreu monarchisch bleiben will oder nicht. Auch diese Entscheidung ist endgültig und bindend getroffen. Aufgabe der nächsten Wochen aber ist es, die Parteiarbeit im Sinne des Parteiprogramms zu vertiefen und dadurch wirkliche oder vermeintliche Gegensätze, die in den Erörterungen der letzten Wochen hervorgetreten sind, innerlich zu überwinden."

Notlage deutscher Auslandsschulen.

Eine Tagung deutscher Auslandslehrer in Darmstadt beriet über die Lage der deutschen Schulen im Ausland und stellte fest, daß diese keineswegs glänzend sei. Das kommt zum Ausdruck in einer Entschließung, in der gesagt wird, die in großer Zahl aus allen Teilen Europas, aus Mittel- und Südamerika, Ostasien und Südafrika zusammengekommenen deutschen Auslandslehrer richteten an den Reichstag und an die Parlamente der deutschen Länder die dringende Bitte, den deutschen Auslandsschulen stärkere Fürsorge als bisher zuteil werden zu lassen.

Lambachs Ausschluß aufgehoben.

Das Oberste deutschnationale Parteigericht hat Mittwoch unter Aufhebung des Urteils des Landesverbandes Potsdam II, das auf Ausschluß lautete, gegen den Reichstagsabgeordneten Lambach nur auf einen Verweis erkannt. Der Ausschluß ist also damit aufgehoben. Nunmehr dürfte sich die im Oktober zusammentretende Parteivertretung der D. N. V. P. noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen.

Freistaat Danzig.

Polnische Schikanen gegen Danzig.

Die polnische Regierung hat nach zuverlässigen Meldungen beschlossen, das zwischen Danzig und Polen abgeschlossene Abkommen über Vermeidung von Doppelbesteuerung zu kündigen, um die in Danzig tätigen Eisenbahnbeamten und -angestellten der Einkommenbesteuerung durch die Danziger Regierung zu entziehen. Danzig würden, wenn das Recht der Einkommenbesteuerung der Eisenbahnbeamten für Danzig wegfallen sollte, jährlich 900 000 Gulden entgehen. Dieses Vorgehen Polens wäre um so erstaunlicher, als die polnische Regierung aus der Verwaltung der Danziger Eisenbahnen einen Betrag zieht, der auf 30—40 Millionen Gulden im Jahre zu schätzen ist.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichsstädtebund hält vom 5. bis 7. September in Heidelberg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab.

Berlin. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage über die Verurteilung des Landgerichtsrats Gellin in Breslau wegen seines Zusammenstoßes mit dem demokratischen Abgeordneten Herrmann teilt der preußische Justizminister mit, daß gegen das Urteil durch den Generalstaatsanwalt in Breslau Berufung mit dem Ziele der Entfernung des Landgerichtsrats Gellin aus dem Amte eingelegt worden ist. Gellin ist einstweilen beurlaubt.

Essen. Der bekannte Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch vollendet am 1. September das 50. Lebensjahr. Im Jahre 1919 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands gewählt. Imbusch ist seit 1919 u. a. zweiter Vorsitzender des Reichskohlenrates.

Paris. Auf Veranlassung der deutschen und der französischen Liga für Menschenrechte ist der von dem französischen Kriegsgericht während der Ruhrbesetzung wegen Spionage zugunsten seines Heimatlandes verurteilte Walter Bremicker, der seine Strafe in der Strafanstalt Wittlich verbüßte, durch den Präsidenten der Französischen Republik begnadigt worden.

London. Eine Gruppe von 100 Mitgliedern des Nationalverbandes der Werkmeisterleiter wird am 8. September ihre seit längerer Zeit geplante Reise nach Deutschland antreten. Sie werden deutsche Zechen im Ruhrgebiet besichtigen.

Tokio. Die japanische Regierung soll beschlossen haben, dem Vorschlag der chinesischen Regierung, über die Frage einer Revision des zwischen beiden Ländern bestehenden Vertrages in Verhandlungen zu treten, stattzugeben.

Aus der Umgegend

Nebra, 1. September.

— Scheiben-Schießen. Der Sommer geht zu Ende und damit ist auch den sog. Sommerfesten ein Ziel gesetzt. Gefehlt hat es diesmal an Festen nicht, allsonntäglich war bald dieser, bald jener Verein unterwegs, um „der Pflicht zu genügen". Im Städtchen selbst hatten wir allerdings kein größeres, sog. Jubiläumsfest, es fanden nur die alljährlich wiederkehrenden Sommerveranstaltungen der verschiedenen Vereine im üblichen Ausmaß statt. So wird denn auch am Sonntag und Montag unsere Schützengilde als Schluß der Sommerfeste ihr Scheibenschießen begehen, voraussichtlich bei schönstem Wetter, damit man sagen kann: „Ende gut — alles gut!" Gäste sind natürlich wie immer bei den Veranstaltungen der Gilde herzlich willkommen.

— In den Stadt-Lichtspielen ist für Sonntag neben der Hauptvorstellung am Abend wieder eine Kindervorstellung des Nachmittags angesetzt. — Der zur Vorführung kommende Film wird alten wie jüngeren Besuchern durch recht interessante Abenteuer schöne Stunden verschaffen, während das Beiprogramm diesmal besonders spaßhaft sein wird.

— Straßensperrung. Die Straße Donndorf—Wiehe wird wegen Pflasterarbeiten in der Ortslage Donndorf von km 8.350 bis km 8.548 vom 30. August d. J. ab bis auf weiteres für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird über Bottendorf—Rosleben—Wiehe und umgekehrt, der örtliche Verkehr auf die angrenzenden Orts- und Feldwege verwiesen. Die Sperrung wird durch Aufstellung von Sperrtafeln örtlich bezeichnet werden.

— Neue Innung. Die Liste über das Ergebnis der Abstimmung zur Errichtung einer Zwangsinnung für das Steinmetz-, Steinbildhauer-, Steinhauer- und Kunststeinmacherhandwerk mit dem Sitz in Sangerhausen im Bezirke der Kreise Sangerhausen, Eckartsberga, Mansfelder Gebirgskreis, westlicher Teil des Mansfelder Seekreises, sowie des westlichen Teiles des Kreises Querfurt, begrenzt von der Linie Unterfarnstädt, Döcklitz, Querfurt, Barnstedt, Jüdendorf, Schnellroda, Albersroda, Gleina und Freyburg a. U. einschl. dieser Orte ist aufgestellt und liegt in der Zeit vom 22. August bis 5. September im Landratsamt zu Sangerhausen Zimmer 5 während der Dienststunden zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus mit dem Hinweise, daß nach Ablauf der Frist angebrachte Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

— Zum Wegflug der Schwalben. Mancher hat sich schon die Frage vorgelegt: Welche Zeit hat eine Schwalbe nötig, um ihre Reise nach dem Süden — sagen wir nach der afrikanischen Nordküste — zurückzulegen? Eine Brieftaube soll in der Sekunde vierzig Meter zurücklegen; eine Schwalbe bringt es auf sechzig Meter. Das ergibt für die erstere in der Stunde 144, für letztgenannte 216 Kilometer. Nehmen wir an, daß eine Schwalbe am Morgen eines Tages in Deutschland abfliegt, so kann sie, selbst bei Hinzufügung von Ruhepausen, am nächsten Tage bequem überm Mittelmeer sein und in ihrer neuen Heimat anlangen. Die hohe Geschwindigkeit des Schwalbenfluges wurde früher sehr unterschätzt. Man nahm an, der blaue Segler der Lüfte brauche mehrere Tage, um die Reise nach dem Süden zurückzulegen, das ist aber nur bei ganz wenigen Tieren der Fall.

— Der Schaden von Ratten und Mäusen. Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, ist der Schaden, den Ratten und Mäuse anrichten, viel größer, als man allgemein annimmt. Dies bestätigt eine interessante Berechnung, die jüngst von einem bekannten biologischen Institut angestellt worden ist. Danach hat man gefunden, daß eine Ratte jährlich 37 Klgr. Brot vertilgt. Da ein Rattenpaar 860 Nachkommen jährlich haben kann, so vertilgen diese jährlich etwa 600 Zentner Brot. Davon können mindestens 164 erwachsene Personen in ausgiebiger Weise ihren Brotvorrat decken; etwa 40 Haushalte zu 5 Köpfen können damit jährlich auskommen. Ebenso interessant sind die Berechnungen über den Schaden einer Feldmaus. Diese vertilgt jährlich 5 Pfund Getreide. Da ein Feldmäusepaar 360 Nachkommen im Jahre haben kann, vertilgen diese rund 18 Zentner Getreide. Das ist der Ertrag von etwa $1^1/_2$ Morgen.

Großwangen. Am Sonntag hält der Kriegerverein Groß- und Kleinwangen nachmittags Scheibenschießen und Preiskegeln ab. Abends findet Ball im Gemeindegasthof statt. — Gäste sind beim Schießen und Kegeln, ebenso auch beim Ball herzlich willkommen.

Roßleben. [Ein treuer Arbeiterveteran.] Am 1. September d. J werden es 40 Jahre, daß der uns allen gut bekannte fiskalische Arbeiter Herr **Karl Sander** von hier bei der Strombauverwaltung in Dienst trat. Herr Sander hat während dieser 40 Jahre ununterbrochen bei der Staatlichen Strombauverwaltung im Bereich unserer Unstrut gearbeitet und ist durch seine Erfahrungen bei Stromregulierungsarbeiten seinen Vorgesetzten ein wertvoller Mitarbeiter geworden, auf den diese sich verlassen können. Obwohl bereits 69 Jahre alt, steht der Jubilar auch heute noch seinen Mann und denkt garnicht daran, sich „abbauen" zu lassen. — Möge er noch lange sich seiner Tätigkeit zu widmen gesundheitlich in der Lage sein.

— [Modeschau in Roßleben.] „Kleider machen Leute", es ist schon wahr, und wenn in Rastenberg am nächsten Sonntag bei der Schönheitskonkurrenz das Publikum die Entscheidung treffen wird, da dürfte gewiß die „Kleiderfrage" bei diesem neuzeitlichen „Volksentscheid" eine gewichtige Rolle mitsprechen. Welcher Mann wäre wohl nicht gar stolz darauf, wenn ihm durch einen „Volksentscheid" bestätigt wird, er habe die schönste Frau, die schönste Braut, oder das schönste Kind? Um dies zu erreichen, genügt es nicht, daß die Frau, Braut oder das Kind körperlich schön ist, nein: sie müssen auch chic gekleidet gehen, in der Mode auf dem Laufenden sein, kurz gesagt, der Mann muß für seine Frau, Braut oder Kind „etwas übrig haben". Was die Mode bringt, das erfährt man ja lange vorher, was sie kostet, erst hinterher, und das ist das Schöne bei der Sache. Heute — Sonnabend abend — haben wir bei uns in Roßleben, im Hotel „Goldener Hirsch" eine Modenschau. Die bekannte Damenkonfektionsfirma Richard Riedel in Artern führt die kommende Herbst- und Wintermode vor und zwar werden eine Anzahl Berliner Konfektionenen — eine immer schöner als die andere — die für jede Figur, also für schlanke sowohl wie für stärkere, für jüngere wie für bejahrte Damen geeigneten Bekleidungsstücke vorführen. Die eine wird die, die andere wenig anhaben, kurz und gut, es dürfte jedem Geschmack Rechnung getragen werden. Die Schau ist zwar nur im Interesse der Damen geschaffen, willkommen dazu sind aber selbstredend die Männer, die ja auch, wenn die „Staatsfrage" erledigt ist, mit den schönen Konfektionenen tanzen dürfen. Jedenfalls aber wird jede Frau den heimlichen Wunsch hegen, daß ihr Mann sie zur Modenschau begleite, auch auf die Gefahr hin, daß er etwa gar ein bischen mit einer hübschen Berlinerin liebäugelt; schließlich ist sie ja doch dabei und paßt auf, daß er nicht über den Strang schlägt. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß durch musikalische Unterhaltung jedwede Langeweile in etwaigen Pausen verscheucht wird.

Rastenberg. Wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich ist, wird der neue Wirt unseres Schwimmbadrestaurants, Herr Hüther, seinen Gästen am kommenden Sonntag, den 2. September (ab nachmittag 2 Uhr und am Abend) etwas ganz Besonderes bieten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine große „Schönheitskonkurrenz" für Damen, Herren und Kinder. Da das Publikum selbst das Preisrichteramt überninmt, verspricht der Wettbewerb interessant zu werden. Auf einem besonders eingerichteten Podium finden Vorführungen der neuesten Modetänze statt, zu denen eine hervorragende Jazzband-Kapelle verpflichtet wurde. Das ganze Badegelände wird festlich geschmückt und viele Belustigungen und Ueberraschungen sind zu erwarten. Am Abend wird bei herrlicher Lampion-Beleuchtung eine Fackelpolonaise stattfinden. Wenn man dazu inbetracht zieht, daß das Gesamtarrangement in Händen des Herrn Schütz-Littmann, Berlin, liegt, so ist bestimmt anzunehmen, daß jeder Besucher reichlich auf seine Kosten kommt. Herr Schütz-Littmann hat in verschiedenen großen Seebädern, sowie in Kurorten der Schweiz Riesenerfolge und glänzende Kritiken geerntet. Zur Zeit ist er in Bad Blankenburg/Thüringen verpflichtet. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig gehalten und beträgt für Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pfg. Nach den bisher getroffenen großzügigen Vorbereitungen, dürften alle Erwartungen noch weit übertroffen werden. Fahrtgelegenheit für Besucher aus dem Unstrutta zu dieser Veranstaltung, hin und wieder zurück, wird von Wiehe aus außer dem Frankenschen Verkehrsomnibus auch die Kraftpost bieten.

Artern. [Schon wieder ein Auto-Opfer.] Dienstag mittag fuhr ein der Firma Luckert & Voigt, Lobersleben, gehöriges Auto auf der Chaussee bei Kalbsrieth mit einem Fuhrwerk zusammen. Das Auto fuhr gegen einen Apfelbaum und wurde schwer beschädigt in die Nitteburger Reparaturwerkstatt abgeschleppt. Die beiden Insassen blieben unverletzt. Bedauerlicherweise wurde die 82jährige Frau Karoline Helm aus Nitteburg, welche zufällig vorüberging und nicht schnell genug ausweichen konnte, von dem Auto beiseite geschleudert, wodurch sie Rippenbrüche und Brustquetschungen erlitt. Sie wurde in das hiesige Krankenhaus eingeliefert und ist Mittwoch nacht ihren Verletzungen erlegen.

Sangerhausen. [Der Emseloher Totschlag geklärt.] Die nächtliche Bluttat bei Emseloh hat eine schnelle Klärung erfahren: die drei erwähnten Radfahrer haben sich der hiesigen Polizei selbst zur weiteren Untersuchung gestellt. Es sind die drei hiesigen Arbeiter Willi und Louis Winzenz sowie Strauch. Nach ihrer Angabe befanden sie sich auf dem Heimwege vom Eisleber Volkshaus. Im Verlaufe entstandener Streitigkeiten mit mehreren Emselohern ist W. Winzenz angeblich tätlich angegriffen worden, worauf ihm sein Bruder Louis zu Hilfe eilte und den totbringenden Schlag mit einem etwa 6—7 Zentimeter dicken und 1,80 Meter langen Baumpfahl führte. Von dieser Seite wird also die Tat als reiner Akt der Notwehr hingestellt. Die weitere Klärung muß der folgenden Untersuchung vorbehalten bleiben. — Der Täter wurde in hiesigem polizeilichem Gewahrsam behalten, um alsbald nach Nordhausen überführt zu werden, die Leiche des Opfers wurde nach der Riestedter Leichenhalle überführt.

Merseburg. [1000 Wohnungen für die Leuna-Siedlung. Der Kreis Merseburg beabsichtigt auf seinem in Dürrenberg gelegenen Gelände 1000 Kleinwohnungen zur Unterbringung von Arbeitern und Angestellten der chemischen Großindustrie (Leunawerk) zu errichten. Dieses Projekt kann nur verwirklicht werden, wenn es gelingt, die dazu nötigen Baugelder von etwa 10 Millionen Mark aufzutreiben. Regierungspräsident Grützner hat einen erheblichen Teil der Bausumme aus seinem ihm zur Verfügung stehenden Fonds mit rund $3^1/_2$ Millionen Mark unter bestimmten Voraussetzungen bereitgestellt. Es ist zu erwarten, daß auch die restlichen $6^1/_2$ Millionen aufgebracht werden und daß die Leunawerke einige Millionen für diesen Zweck zur Verfügung stellen.

Nah und Fern

○ **Drei Kinder unter Trümmern begraben.** Bei der Einfahrt in den Hof der von der 4. Sächsischen Nachrichtenabteilung Dresden als Quartier benutzten Realschule in Zeutenroda rannte ein Lastauto der Abteilung gegen einen Pfeiler. Der Pfeiler stürzte um und riß einen Teil der Mauer mit. Drei hinter der Mauer spielende Kinder im Alter von sechs bis sieben Jahren wurden von den stürzenden Mauerstücken getroffen und schwer verletzt. Das sechsjährige Söhnchen eines Fabrikanten starb bald nach dem Unfall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280901-11/fragment/page=0002

○ **Ein bankerottes Schulschiff.** Das amerikanische Schulschiff „Albatros" liegt infolge finanzieller Schwierigkeiten im Hamburger Hafen fest, da von Amerika nicht die erforderlichen Geldbeträge für die Rückkehr der Schüler und der Mannschaft mit dem Schiffe eingehen. Von den ungefähr 90 Schülern, die für die Reise und den Unterricht bezahlt haben, sind 72 auf eigene Kosten nach Amerika zurückgekehrt. Auch der Leiter des Unterrichts ist nach Amerika abgereist. Die amerikanische Schiffsschule in Boston ist bankerott und der Schiffseigner weder willens noch imstande, den erforderlichen Geldbetrag zu überweisen.

○ **Mordgeständnis nach 14 Jahren auf dem Sterbebett.** Auf dem Sterbebett gestand der Metzger Peter Simon, aus Geidersbach bei Landstuhl, daß er im Jahre 1914 den aus Berg gebürtigen Lehrer Jakob Wesner ermordet habe. Simons, der seinerzeit der Tat verdächtigt worden war, hatte längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen. Die Verdachtsgründe waren aber nicht ausreichend, um ihn der Täterschaft zu überführen. Es waren auch noch einige andere Verhaftungen vorgenommen worden.

⊙ **Heime für Verbrecher.** Für Personen, die aus irgendeinem seelischen Mangel zum Verbrecher geworden sind, ohne daß sie auf Grund ihres krankhaften Seelenzustandes in die Klasse der Geisteskranken gehören, ist jetzt in Holland das sogenannte „Psychopathengesetz" entstanden, das solche Leute nicht in die Gefängnisse bringt, sondern ihre Aufnahme in eine psychopathische Anstalt vorsieht, in der die Gefangenen in enger Zusammenarbeit mit anderen Fürsorgestellen unter ärztlicher Aufsicht behandelt werden. Die erste psychopathische Anstalt dieser Art soll am 1. November in dem ehemaligen Festhaus von Leiden eröffnet werden.

⊙ **Die Stadt ohne Leitung und Wasserleitung.** Der Bürgermeister und der Stadtrat von Belleville-sur-Saone sind zurückgetreten, da es ihnen nicht möglich war, die mit der Lieferung des Wassers für die Stadt beauftragte Gesellschaft zu veranlassen, den seit dem 10. August ins Stocken geratenen Dienst wiederaufzunehmen. Seit dieser Zeit müssen die Bewohner der Stadt sich mit Brunnenwasser begnügen, jedoch besteht, da die Brunnen versucht sind, Typhusgefahr und bei einigen Bewohnern sollen bereits Krankheitserscheinungen festgestellt worden sein.

⊙ **Der betrunkene Schrankenwärter.** Auf der Strecke zwischen Lemberg und Tarnopol überfuhr in der Nacht ein Personenzug an einem Bahnübergang einen mit fünf Personen besetzten Bauernwagen. Das Unglück entstand dadurch, daß der Bahnwärter infolge Trunkenheit die Schranke schloß, während sich der Wagen gerade auf den Schienen befand. Von den Insassen waren zwei sofort tot, die übrigen drei sind schwer verletzt und wurden in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Buchs (St. Gallen). Durch den anhaltenden Regen ist der Rhein in besorgniserregender Weise angestiegen. Der Rhein führt große Schuttmassen und viel Heu mit sich, was darauf schließen läßt, daß sich im Bündnerland größere Erdrutsche ereignet haben. In Buchs mußte die Rheinweh aufgerissen werden, um die stark bedrohte Notbrücke nach Schaan zu sichern.

Mißglückter Anschlag auf einen Personenzug.

Oppeln. Auf der eingleisigen Strecke Oppeln—Vossowska wurde nachts in verbrecherischer Absicht ein ausgerodeter Wurzelstock von etwa 75 Zentimeter Höhe und 50 Zentimeter Länge in die Gleise gelegt. Das Hindernis wurde von einem Personenzug etwa 80 Meter weit mitgeschleift und zermalmt. Der Betrieb wurde nicht gestört. Personen sind nicht verletzt.

Mehr als 24 Stunden lebend begraben.

Aachen. Auf der Grube „Maria" in Höngen ist ein 19jähriger Bergmann durch abgestürzte Gesteinsmassen eingeschlossen. Es ist gelungen, ihm Nahrungsmittel und frische Luft zuzuführen. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig.

Entschließung des Genfer Minderheitenkongresses.

Genf. Bei der Sitzung des Kongresses der europäischen Minderheiten wurde zum Schluß der Diskussion eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Der Kongreß bemerkt im Hinblick auf die mehr als achtjährige Tätigkeit des Völkerbundes nicht nur eine durchaus unzureichende Gestaltung des Beschwerdeverfahrens der Minderheiten, sondern auch eine mangelhafte Wahrnehmung der übernommenen Verpflichtungen. Der vierte europäische Nationalitätenkongreß erklärt, daß das Vertrauen der 40 Millionen Seelen umfassenden Nationalitätenminderheiten und mit diesen aller jener nun noch zahlreicherer Kreise, die ihre Auffassung über die Aufgabe des Völkerbundes teilen, zum Völkerbund als dem Garanten der Minderheitenrechte schwer erschüttert ist. Für die Lösung des Minderheitenproblems ist bisher durch den Völkerbund dann der angewandten Methoden nichts Ernsthaftes getan worden. Die Wahrung der Rechte der nationalen Minderheiten als Voraussetzung einer Erhaltung des Friedens ist und bleibt die Verpflichtung des Völkerbundes. Wir erwarten, daß er in Zukunft dieser Verpflichtung gerecht werden wird."

35 Russen in Finnland verhaftet.

Helsingfors. Die Polizei verhaftete 35 russische Zivilisten, die mit drei Luftjachten auf der Hochlandinsel ankamen und ohne Waffe an Land gingen.

Ausnahmen von der Frachtgutverteuerung

Inkrafttreten 1. Oktober.

Seit Tagen wurde über die am 1. Oktober eintretende Verteuerung der Eisenbahntarife zwischen der Reichsbahngesellschaft und dem Verkehrsministerium verhandelt, um die neuen Feststellungen zu treffen. Es war schon bekannt, daß von der allgemeinen Erhöhung einige Gegenstände ausgenommen werden sollten. Die Ausnahmen werden sich wie folgt regeln:

In die Erhöhung werden nicht einbezogen die Frachten für Lebensmittel, die zurzeit nach dem Notarif für Lebensmittel befördert werden. Darunter fallen Getreide, Hülsenfrüchte und Mühlenerzeugnisse der Klasse C, frische Feld- und Gartenfrüchte der Klasse C und F, Obstfrüchte und Obstsaften der Klasse C, frische Mohrrüben und Karotten sowie frische Kohlrüben der Klasse C und Käse der Klasse B. Außerdem wird von der Erhöhung nicht betroffen der Ausnahmetarif für frische Kartoffeln zur Verwendung im Deutschen Reich. Die Milchfrachten werden einer mit den Interessenten abgestimmten systematischen Neuordnung unterzogen. Dafür werden sie von der allgemeinen Tariferhöhung ebenfalls ausgeschlossen bleiben. Die aus dieser Regelung folgenden Erhöhungen lassen indessen auch künftig die Frachtsätze noch auf etwa 80 Prozent der preußischen Vorkriegshöhe. Die sogenannten Wettbewerbstarife namentlich gegenüber anderen Verkehrsmitteln und Verkehrswegen bleiben von der Tariferhöhung ganz oder zum Teil ausgenommen.

Im sonstigen Güter- und Tierverkehr bedingt der Tariferhöhungsbeschluß eine allgemeine Erhöhung der derzeitigen Frachten um 11 Prozent, die am 1. Oktober d. J. in Kraft treten wird. Der Reichsverkehrsminister hat einer verkürzten Veröffentlichungsfrist, die sonst zwei Monate betragen würde, zugestimmt.

Gleichzeitig mit der allgemeinen Tariferhöhung sollen ferner folgende von der Wirtschaft gewünschte und seit längerer Zeit beschlossene, aber aus Mangel an Mitteln bisher zurückgestellte Tarifverleichterungen durchgeführt werden: Die Abfertigungsgebühr der allgemeinen Kohlenausnahmetarife wird von 11 auf 9 Pfennig für 100 Kilogramm herabgesetzt werden. Die allgemeine Erhöhung der Kohlenfrachten wird sich dadurch um eine Kleinigkeit verringern.

Für Eisen und Stahl, sowie Eisen- und Stahlwaren der Klassen A bis D sowie für unedle Metalle und Metallwaren wird ein Ausnahmetarif eingeführt werden, der für die Ausfuhr über die Grenze zu Land Frachtermäßigungen gewährt. Für Heu und Stroh wird ein weiterer Ausnahmetarif gegenüber den künftigen Frachten der Klasse F einen Nachlaß von 15 Prozent zugestehen.

*

Bei dieser von amtlicher Stelle veranlaßten Veröffentlichung vermißt man wieder genaue und allgemein leicht faßbare Angaben über die als „Ermäßigung" oder „Ausnahmen" bezeichneten Positionen. Wie weit der Notbedarf für Lebensmittel in den einzelnen benannten Klassen geht, bleibt dem breiten Publikum unbekannt — auch hat niemand in diesem Sommer der außergewöhnlichen Teuerung für Lebensmittel irgend etwas gemerkt von verbilligten Tarifen. Wenigstens an den Preisen nicht, die nun zweifellos noch mehr anziehen werden. Unverständlich bleibt auch der Hinweis auf die Milchfrachten, deren Neuregelung mit den Interessenten erfolgen soll. Als Interessenten betrachtet man in der Öffentlichkeit Erzeuger, Zwischenhändler und Verbraucher. Die Kohlenfrachten werden in Wirklichkeit wohl stark erhöht werden. Alles in allem scheint im Gefolge der jetzigen Maßnahmen eine Preisverteuerung zu marschieren.

Welt und Wissen

w. Auffindung eines slawischen Tempels auf Rügen. Auf Rügen werden von Professor Schuchardt Ausgrabungen vorgenommen, die jetzt zu wichtigen Ergebnissen geführt haben. Professor Schuchardt hatte früher schon bei Arkona ein aus der slawischen Vorzeit der pommerschen Ostseeküste stammendes Heiligtum aufgedeckt. Jetzt ist bei Garz ein zweiter Tempel, den der dänische Schriftsteller Saxo-Grammaticus (12. Jahrhundert) ausführlich beschrieben hat, festgestellt worden. Die Ausgrabungen, die von der Preußischen Akademie der Wissenschaft unterstützt werden, führten zuerst auf die Grundrisse eines kleinen Heiligtums, zwischen denen sich Hirschgeweihstangen, Hörner und Messer fanden. Dann entdeckte man Fundamente eines großen Wendenheiligtums und Fundamente alter Götzenbilder. Auch die Spuren einer christlichen Kirche, die nach der Zerstörung des heidnischen Tempels an derselben Stelle errichtet wurde, sind gefunden.

Berufsverkehr wie bisher.

Der Berufspersonenverkehr soll von der Tariferhöhung ausgenommen werden. Das bezieht sich hauptsächlich auf den Berliner und Hamburger Stadtbahnverkehr. Dagegen wird der Fernreiseverkehr durch die neuen Preisstufe in Verbindung mit der Durchführung des Zweiklassensystems in den Zügen erheblich teurer werden.

§ **Die Speierer Besatzungszwischenfälle vor dem französischen Kriegsgericht.** Vor dem Kriegsgericht des 32. französischen Armeekorps wurden die Speierer Zwischenfälle, die sich in der Nacht zum 1. August zugetragen hatten, verhandelt. Dabei war ein Arbeiter ohne Grund von einem französischen Soldaten durch Faustschläge schwer mißhandelt worden. Der zweite Fall spielte sich unmittelbar darauf im Domgarten ab, wo ein junger Mann, der sich in Begleitung eines Mädchens befand, von Soldaten angegriffen und durch Faustschläge und Fußtritte so schwer mißhandelt wurde, daß er bewußtlos zusammenbrach. Das Gericht verurteilte einen Angeklagten wegen vorsätzlicher Körperverletzung und wegen unerlaubter Entfernung vom Dienst zu 11 Monaten Gefängnis. Die beiden anderen Angeklagten erhielten je zwei Monate Gefängnis mit Strafaufschub.

Kannst du mich sehen?

Das Problem des Fernsehens.

Ein uralter Traum der Menschheit scheint sich zu verwirklichen — das Fernsehen. Ein heißer internationaler Wettkampf ist unter den Physikern entbrannt, wem es als erstem gelingt, Vorgänge über große Entfernungen hinweg sichtbar zu machen. Natürlich darf man sich das Fernsehen nicht so vorstellen, daß es dann möglich wäre, etwa eine Person, die sich in einem entfernten Ort befindet, wirklich und körperlich vor sich zu sehen. Das ist unmöglich. Das höchste erreichbare Ziel wird es bleiben, weit entfernt sich abspielende Vorgänge in der Art der jetzigen Filmvorführung sichtbar zu machen.

Das Problem der Bildfernübertragung kann seit der Erfindung der Selenzelle als gelöst angesehen werden. Selen ist in der Natur weitverbreitet, jedoch stets in geringer Menge, und wird aus dem Schwefelkies gewonnen, einem Erz, das hauptsächlich aus Eisen und Schwefel besteht. Selen ist dem Schwefel sehr ähnlich und besitzt die merkwürdige Eigenschaft, daß seine Leitfähigkeit für den elektrischen Strom sehr stark von der Intensität der Belichtung beeinflußt wird.

Zur Übertragung befestigt man das Bild, das man sich in möglichst viele Bildpunkte zerlegt denkt, auf einer Walze, die sich gleichzeitig dreht und in der Längsachse verschiebt. Durch Abtasten des Bildes durch den Sender und Umsetzung der Lichtschwankungen in Stromschwankungen in der Selenzelle wird im Empfänger das Bild entsprechend, Punkt für Punkt, aufgebaut. Theoretisch ist es möglich, nach diesem Prinzip auch eine Bewegung sichtbar zu machen, wenn es gelingt, sämtliche Bildpunkte gleichzeitig zu übertragen bei mindestens 15 Übertragungen in der Sekunde, damit das Auge infolge seiner Trägheit nicht mehr die einzelnen Bilder, sondern die geschlossene Bewegung sieht. Hier setzen die großen Schwierigkeiten ein. Man könnte das Bild auf eine Scheibe projizieren, die aus ebenso vielen Selenphotozellen besteht, wie das Bild Bildpunkte besitzt. Dann würde man aber schon bei einem Scheibenformat von 10×10 Zentimeter und einem Zellendurchmesser von 1 Millimeter ein Kabel von 20 000 isolierten Litzen gebrauchen, um den Strom aus den einzelnen Zellen des Senders in die entsprechenden Zellen des Empfängers zu leiten — eine praktisch undurchführbare, in der Theorie aber durchaus richtige Lösung.

Die neuesten Versuche gehen darauf hinaus, eine Selenphotozelle zu konstruieren, die allein die bei obigem Beispiel notwendigen 150 000 Stromschwankungen in der Sekunde trägheitslos zu verarbeiten vermag. Das fast gleichzeitige Abtasten aller Bildpunkte wird durch eine Scheibe erreicht, die sich in der Bildebene dreht und spiralförmig mit Löchern von der Größe der Bildpunkte besetzt ist.

Der Vorsprung, den Deutschland in diesem neuesten Zweige der Technik gewonnen hat, erregt erhebliches Aufsehen in der ganzen Welt. Die Physiker aller Kulturstaaten wetteifern, den verlorenen Boden zurückzugewinnen. An zweiter Stelle liegt heute Ungarn, dessen bedeutender Physiker Denes v. Mihalys seinen Apparat in den nächsten Tagen auf der Berliner Funkausstellung vorführen wird. Der Mihalysche Fernseher soll sich durch außerordentlich gesteigerte Übertragungsgeschwindigkeit und grundsätzliche Vereinfachung des Apparates auszeichnen.

Mögen die Schwierigkeiten, die sich der praktischen Einführung des Fernsehers in den Weg stellen, auch noch so groß sein, die deutsche Wissenschaft wird sie meistern und uns vielleicht schon in naher Zukunft eine Verbindung des Fernsprechers mit dem Fernseher bescheren.

Die Gastwirte gegen die Raucherinnen.

Die Pariser Gastwirte haben gegen die rauchenden Frauen eine große Protestversammlung einberufen. Sie behaupten, daß die Frauen sich im Gegensatz zu den männlichen Rauchern außerordentlich ungeschickt und rücksichtslos benehmen. Die im Restaurant rauchenden Damen brennen mit der größten Nonchalance Löcher in die Tischtücher, in die Servietten, in die Möbelpolsterungen, in die Teppiche und fügen den Wirten großen Schaden zu. Fast kein Tischtuch, so klagten die Wirte, komme jetzt ohne Brandschaden in die Wäsche, und wenn das so weitergehe, werde man den Gästen nur noch gestopfte und gestickte Tischwäsche vorlegen können.

Menschenskelette in Palastpfeilern.

Arbeiter, die damit beschäftigt waren, die alten Wachtürme und Außenmauern wieder herzustellen, die den Kaiserplatz von Tokio umgeben, stießen auf eine Anzahl von Skeletten, die unter den alten Fundamenten eines der Haupttürme ausgegraben wurden. Es sind dies die Gebeine der „menschlichen Pfeiler", die früher in Japan bei der Anlage großer und wichtiger Gebäude lebendig mit eingemauert wurden. Die Sitte des „Bauopfers", die überall in der Welt verbreitet war und von der auch jetzt noch alte Sagen erzählen, hat sich in Japan sehr lange erhalten, und vor noch gar nicht langer Zeit herrschte im Reiche des Mikados die Anschauung, daß wichtige Bauten nur sicher und dauernd gemacht werden könnten, wenn eine bestimmte Anzahl kräftiger, gesunder Menschen lebendig miteingemauert wurden. Die Skelette, die jetzt entdeckt wurden, lagen unter einem der großen Türme, der vor etwa 300 Jahren von einem Edlen des Togugawa-Hofes errichtet wurde. Wie Tokioer Blätter ausführen, waren die lebendig Eingemauerten wahrscheinlich Vasallen des Edelmannes, die sich freiwillig für ihren Herrn aufopferten. Die Skelette, die von Männern und Frauen herrühren, wurden aufrechtstehend gefunden, mit ausgestreckten Armen, die Handflächen nach oder gekehrt; in der Handfläche und auf dem Scheitel jedes Kopfes wurde eine alte Münze gefunden.

Arbeitsgericht.

Bei den vor den Arbeitsgerichten zur Verhandlung kommenden Streitigkeiten zwischen Hausfrau und Hausangestellten handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um fristlose Entlassungen. Nach den gemachten Erfahrungen kann man den Hausfrauen nur raten, solche Entlassungen nur nach genauester Prüfung der Sachlage auszusprechen, in zweifelhaften Fällen sich aber mit der Kündigung zum nächsten Termin zu begnügen.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Im September scheint alljährlich
Mir die Lage sehr gefährlich,
Es verbreitet sich die Kunde:
Jetzt geht's los im Völkerbunde!

Nämlich, um es kurz zu sagen,
Er beginnt alsdann zu tagen,
Und man fragt sich voller Kummer:
Was wird's diesmal für 'ne Nummer?

Wird der Woldemaras Polen
Vor der ganzen Welt verhohlen
Oder wird sich Polen trauen,
Ihn mal gründlich zu verhauen?

Reden Ungarn und Rumänen
Wieder in den höchsten Tönen?
Wird man Minderheiten zügeln
Oder aber glatt verprügeln?

Was wird sich der Duce leisten?
Wird er wieder sich ereisten
Oder wird als Friedenszeichen
Er Tirol ein Pfötchen reichen?

Ja, und was ich sagen wollte,
Weil das längst doch kommen sollte:
Bleibt noch länger die Kanone
Stehen in der zweiten Zone?

Ach, die „Stars" sind diesmal ferne!
Und ich hör' doch gar zu gerne
Chamberlain und Stresemannen
Uns mit schönen Reden bannen!

Na, da werden Sie wohl müssen
Mit gewalt'gen Redeflüssen,
Briand, aus gewicht'gen Gründen
Jene Räumung uns verkünden!

Oder sollte ich mich irren?
Wird sich dies denn nie entwirren?
Was versprochen schriftlich, mündlich,
Bleibt es völkerunverbündlich?

Dieses geht mir wie ein Rädel
Im September durch den Schädel,
Dies sind meine Herbstgedanken —
Na, und Sie, Herr Müller-Franken?

Voraussichtliches Wetter

Am 2. September: Sonne, tags warm; schön.
Am 3. September: Heiter, schwül, später vielfach gewitterhaft, Regenfall.
Am 4. September: Wenig anderes Wetter.
Am 5. September: Sonne, Wolken, strichweis Regen, warm, später kühler, etwas Regen.
Am 6. September: Heiter, tags warm, später kühl.
Am 7. September: Sonne, angenehm, Wind.
Am 8. September: Wenig verändertes Wetter.

Kirchliche Nachrichten

13. Sonntag nach Trinitatis, den 2. September 1928.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst.
1/4 12 Uhr vorm: Kindergottesdienst (ältere Abtlg. in der Kirche, jüngere Abtl. im Gemeindesaal).
Abends 8 Uhr: Bibelbesprechstunde für junge Mädchen im Gemeindesaal.
Mittwoch Abend 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal. (Apostelgeschichte 19, 21 ff.)
Freitag abend 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280901-11/fragment/page=0003

Das Rechtsgefühl beim Kinde.

In Familien, wo mehrere Kinder sind, empfängt das Rechtsgefühl eine besondere Ausprägung. Oft haben die Eltern ihre speziellen Lieblinge; eines ist Mutters, eines Vaters „Kind“, das in allem vorgezogen wird. Die übrigen Kinder empfinden das schnell, und es trägt nicht dazu bei, den Eltern und Geschwistern besonders zugetan zu sein. Sie tragen das unbestimmte Gefühl in sich, daß die Eltern nicht recht handeln. Es entsteht dadurch Verbitterung und Mißgunst in dem zurückgesetzten, Stolz und Eigendünkel in dem bevorzugten Kinde. Es ist ganz natürlich, daß solche Kinder entfremdet werden, und die Eltern brauchen sich später nicht zu wundern, wenn einige ihrer Kinder ihnen nicht Liebe und Achtung entgegenringen. Das weiche, empfindsame Kinderherz vergißt schwer eine solche Verfehlung; selbst in dem kleinen Kinde ist schon das Rechtsgefühl wach und rege. Alle Kinder sollen von den Eltern mit gleicher Liebe bedacht werden. Ist ein krankes unter ihnen, das besonderer Sorgfalt bedarf, so suche die Mutter in den Geschwistern das Mitleid für das kranke Kind zu wecken, jedoch ohne die anderen zurückzustoßen. Die gesunden Kinder werden dem kranken ihre Liebe und Teilnahme nicht versagen; sie werden freudig auf etwas verzichten, wenn sie nur von einem sie liebevoll leitenden Herzen dazu angeregt werden. Sind die Kinder in Streitigkeit geraten, wie dieses oft um Kleinigkeiten geschieht, so muß die Mutter eine gerechte Richterin sein, die schnell den Streit schlichtet. Kinder sind rasch zur Versöhnung geneigt. Sie sollen das Gefühl in sich tragen, daß alle dem Herzen der Mutter gleich nahe stehen, nur auf diese Weise ist ein harmonisches Familienleben möglich.

Eine Astronomin und Mathematikerin des 18. Jahrhunderts.

Im Jahre 1749 heiratete einer der berühmtesten Uhrmacher seiner Zeit und Verfasser einer Abhandlung über die Uhrmacherkunst Jean-André Lepauté in Paris Nicole-Reine Etable de la Brière. Diese wurde unter dem Namen ihres Gatten als Mme. Lepauté bekannt und war eine der gelehrtesten Frauen ihrer Zeit. Sie gehörte zu den wenigen Frauen, die eine besondere Begabung für die abstrakten Wissenschaften bekundeten. Ihre Berühmtheit verdankte sie vor allem ihren astronomischen Kenntnissen; auch wurde sie eine große Hilfe für ihren Gatten bei den Arbeiten, die er über die Uhrmacherkunst veröffentlichte.

Die für das Jahr 1764 erwartete ringförmige Sonnenfinsternis war ein Phänomen für Frankreich wo man ähnliches seit einer langen Reihe von Jahren nicht beobachtet hatte. Mme. Lepauté stellte genaue Berechnungen für ganz Europa an und veröffentlichte eine Karte, auf der das Fortschreiten der Sonnenfinsternis von Viertelstunde zu Viertelstunde zu sehen war, ferner eine andere Karte für Paris mit genauem Verzeichnis der einzelnen Phasen. Ebenso machte sie bemerkenswerte Berechnungen über den Halley'schen Kometen. Geist und Charakter vereinigten sich bei ihr mit Anmut und Vornehmheit. Sie wurde viel bewundert; wenig bekannt ist, daß die damals neu aus Ostasien nach Europa kommende, später Hortensie genannte Zierpflanze, zuerst den Namen „Pautia“ ihr zu Ehren erhielt. 1761 wurde Mme. Lepauté in die Akademie der Wissenschaften von Bezieres gewählt und verfaßte für diese ebenso wie für die Pariser Akademie der Wissenschaften mehrere Abhandlungen. Sie starb 1788 in Saint-Cloud.

Die Herkunft der Theologiestudenten.

Im letzten Wintersemester gab es in Preußen 1056 Studenten und 47 Studentinnen der evangelischen Theologie. Etwa 800 davon hatten ein humanistisches Gymnasium besucht. Aus akademischen Elternhäusern kommen 373, darunter etwa 300 Pfarrerssöhne. Von 880 Studenten der katholischen Theologie gehören zu den Söhnen höherer Beamter nur 25 Söhne von mittleren Beamten und Lehrern sind 301 evangelische, 213 katholische. Söhne von Angehörigen freier Berufe mit akademischer Bildung (Ärzte, Anwälte, Apotheker usw.) sind 22 evangelische, 17 katholische. Söhne von Offizieren: 10 evangelische, keine katholische. Söhne von Großlandwirten: 13 evangelische, 8 katholische; von Bauern: 38 evangelische, 133 katholische; von Handel- und Gewerbetreibenden: 216 evangelische, 219 katholische; Privatangestellte 102 evangelische, 119 katholische. Nur der zwanzigste Teil der evangelischen Theologen stammt von Landwirten, dagegen der siebente Teil der katholischen Theologen. Söhne von Handwerksmeistern sind bei den Evangelischen 30, bei den Katholiken 88.

Die Frau und die Handwerkerorganisationen.

Aus Dänemark wird geschrieben: „Im Jahre 1920 wurde in Dänemark der Handwerkerverein für nicht lebensfähig erklärt und sollte aufgelöst werden; um ihn zu erhalten, wurde ein neuer Vorstand gewählt und heute stehen wir mit einem blühenden Verein und mit vierfacher Mitgliederzahl da. Dieses glänzende Resultat haben wir außer der Tüchtigkeit des Vorstandes dem Umstande zu danken, daß wir weibliche Mitglieder haben. Der Handwerker mag ein guter Mann sein, aber Vereine gehören nicht zu seinen Schoßkindern, wenn indessen Frauen mitmachen, so fehlt es nicht an Begeisterung. Wir sorgen dafür, daß die Frauen bei allen Tagungen und Generalversammlungen anwesend sind und auch das Stimmrecht haben, was von großer Bedeutung ist.

Steuerkalender für September.

Von Gustav Kimm, Neukölln

5. **September:** Ablieferung der für die Zeit vom 16 bis 31. August 1928 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn-, Gehaltszahlungen, Tantiemen, Vorschüsse, Abschlagszahlungen usw., ferner der vom 1. bis 15. August einbehaltenen Beträge, soweit sie nicht schon am 20 August abzuführen waren, also wenn die Abzüge den Betrag von 200 Mark nicht überschritten haben. Keine Schonfrist. Gleichzeitig ist der Finanzkasse die monatlich vorgeschriebene Bescheinigung (Muster 2) über die im August einbehaltenen Steuerabzüge einzusenden. Arbeitgeber, die am 1. Januar 1928 bis zu drei Arbeitnehmern beschäftigten, kleben das ganze Jahr hindurch Steuermarken. Als bekannt ist anzunehmen, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, für jeden Arbeitnehmer ein Lohnkonto zu führen, das stets auf dem laufenden zu halten ist. Der steuerfreie Lohnbetrag beläuft sich auf 100 Mark monatlich, wovon 60 Mark auf den steuerfreien Lohnbetrag im engeren Sinne und je 20 Mark auf den Pauschalbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen entfallen.

10. **September:** 1. Umsatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuervorauszahlungen derjenigen Steuerpflichtigen, die auf Grund des Vereinfachungserlasses vom 19. Februar 1927 von dem Recht der vierteljährlichen Voranmeldung und Zahlung keinen Gebrauch machen wollen. Schonfrist bis zum 15. September. 2. Fälligkeit der Börsenumsatzsteuer für August 1928 (Monatszahler) nebst Vorlegung einer Anmeldung der Abrechner zum Kapitalverkehrssteuergesetz in zwei Stücken. Finanzamt. 3. In Preußen: Abgabe der Steuerklärung und Bezahlung der Getränkesteuer für die zweite Hälfte des Monats August 1928. Steuerkasse.

15. **September:** 1. In Preußen: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer für September 1928. Steuerkasse. Keine Schonfrist. 2. Fristablauf der Herbstveranlagung 1928 zur Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer derjenigen Steuerpflichtigen, deren Wirtschaftsjahr zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 1928 geendet hat. In der Hauptsache betrifft dieses die Landwirtschaft.

20. **September:** Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 15. September 1928 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, jedoch nur dann, wenn diese für die sämtlichen in einem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt den Betrag von 200 Mark übersteigen. Übersteigen sie diesen Betrag nicht, so sind sie zusammen mit den in der zweiten Hälfte eines Kalendermonats einbehaltenen Beträgen erst am 5. des folgenden Monats abzuführen. Keine Schonfrist.

25. **September:** In Preußen: Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Getränkesteuer für die erste Hälfte des Monats September 1928. Steuerkasse.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Steuererklärungen für die Herbstveranlagung 1928.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer sind von den Steuerpflichtigen, deren Wirtschaftsjahr zwischen dem 1. Januar und 30. Juni 1928 geendet hat, in der Zeit vom 1. bis 15. September 1928 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Querfurt, den 30. August 1928.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Grummetnutzung

der Stadtgemeinde Nebra soll am

Dienstag, den 4. September 1928, nachm. 3 Uhr

an Ort und Stelle unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Treffpunkt: Reinsdorfer Fähre.

Nebra, den 29. August 1928. **Der Magistrat.**

Schützengilde Nebra

Zu unserem am

2. und 3. September ds. Js.

stattfindenden

Scheiben-Schießen

laden wir Freunde und Gönner hiermit herzlichst ein.

Das Direktorium.

Programm:

Sonnabend, den 1. September

8 Uhr abends: Zapfenstreich.

Sonntag, den 2. September

6 Uhr morgens: Wecken.
1 Uhr mittags: Aufzug der Wache.
2 Uhr mittags: **Umzug**, anschließend Konzert und Schießen.
8 Uhr abends: **Ball.**

Montag, den 3. September

8 Uhr morgens: Aufzug der Wache und Beginn des Schießens.
4 Uhr nachm.: Proklamation des Scheibenkönigs.
5 Uhr nachm.: Einzug.
8 Uhr abends: **Königsball.**

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung
liefert prompt und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Birnen

hat abzugeben **Franz Koch,** Fürstengasse.

Guterhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen. Näheres in der Nebraer Geschäftsstelle.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten. **Neue Reihe 7.**

17jähriges

Mädel

vom Lande, aus guter Familie, wünscht freundliche Aufnahme **im Haushalt,** wo selbiges sich weiter ausbilden kann. Familienanschluß erwünscht. Taschengeld nach Vereinbarung. Mädchen muß vorhanden sein. Offerten bitte an **Frl. Martha Taute, Witzenburg,** (Bahnhof).

Nach Bad Rastenberg

lautet am **Sonntag, den 2. September** die allgemeine **Parole**

Zur Schönheits-Konkurrenz

im Schwimmbad-Restaurant muß Jeder!

Die schönste Dame — Der schneidigste Herr

Das süßeste Kind

werden von dem anwesenden Besucherpublikum bestimmt.

Tanzvorführungen — Volksbelustigungen

Kriegerverein Groß- und Kleinwangen

Sonntag, den 2. September, nachm. von 2 Uhr ab:

Scheibenschießen u. Preiskegeln

Abends 8 Uhr: **Ball**

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 2. September, abends 8¼ Uhr:

Auf dem Kriegspfade

Ferner:

Lustiges Beiprogramm

3 Uhr Kindervorstellung

Zu diesem Programm ladet freundlichst ein

Borgwardt.

Arbeiter- und Berufs-Kleidung

empfiehlt billigst

Alfred Flade

Elektromotoren

jeder Art in eigener Werkstatt

reinigt, repariert, lagert, wickelt

unter Garantie

Zahlreiche Anerkennungen — Zahlreiche Anerkennungen

Otto Ebert, Querfurt

Telefon 500 **Telefon 500**

Gott! Eine Stadt der kleinen Bücher,

der begehrter und bewährter
ist als irgend ein Gelehrter.
Alles klärt er, Wissen mehrt er.
Drum, o Freund, verehrter, werter,
lauf und kauf den Kleinen Herder.

Der Kleine Herder ist ein Lexikon in einem Bande: das vollkommenste und brauchbarste. Über 50000 Artikel. 4000 Bilder und Karten. Gründlich. Praktisch. Handlich. Jedermann verständlich. 30 Mark. Teilzahlungen. Probehefte mit Bildern umsonst in allen Buchhandlungen oder beim Verlag Herder in Freiburg im Breisgau.

zu beziehen durch die Buchhandlung

Wilhelm Sauer, Roßleben.

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Fanzöss.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den

Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280901-11/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 103 — Sonnabend, den 1. September 1928 — 41. Jahrgang

Das Normaljahr der Reparationen.

Wobleibt ein Kellogg-Pakt der Wirtschaft?

Die Zeit der „Schonung" ist vorüber. Die Höchstbelastung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationsleistungen setzt ein. Der 1. September bedeutet den Anfang des sogenannten Normaljahres, wie ihn der Dawes-Plan nach vier Jahren allmählich ansteigender Belastung bekanntlich statuiert hat. Ein schiefer Ausdruck, der die falsche Vorstellung erweckt, daß die Tribute, die Deutschland in diesem Jahre zahlen soll, bereits als die Norm für alle künftigen Jahre durch das Londoner Abkommen festgelegt sei. Die Sachverständigen, die seinerzeit den Dawes-Plan ausgearbeitet haben, haben ihn niemals als eine endgültige Lösung des Reparationsproblems angesehen, sondern ihn ausdrücklich nur als geeignet betrachtet, ein endgültiges umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandten Fragen zu erleichtern, sobald die Verhältnisse das ermöglichen. Der Reparationsagent Parker Gilbert hat auch in seinen letzten Berichten nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es an der Zeit sei, eine Endsumme für Deutschlands Verpflichtungen festzusetzen und so eine Revision des Dawes-Planes herbeizuführen. Es handelt sich also im kommenden Reparationsjahr um eine Art Generalprobe, um eine Höchstbelastungsprobe, der der Dampfkessel der deutschen Wirtschaft ausgesetzt werden soll. Wird er sie aushalten oder wird der Überdruck Ventile und Hebel abreißen und nicht nur am deutschen Kessel selbst, sondern auch in seiner ganzen Umgebung schwere Verwüstungen anrichten? Die Aussichten auf einen günstigen Verlauf des Experiments sind nicht sehr ermutigend.

Was zahlten wir bisher? Im ersten Jahre 1924/25 1000 Millionen Mark, im zweiten Jahr 1220 Millionen, im dritten 1500 Millionen und im vierten Jahre, dem eben verflossenen, 1750 Millionen. Jetzt beginnt das erste Jahr mit der vollen Reparationsbelastung in Höhe von zweieinhalb Milliarden Goldmark. Wir sehen also nach einem allmählichen Anstieg plötzlich einen gewaltigen Sprung von 750 Millionen und diese Mehrleistung muß der Reichshaushalt allein aufbringen, da die beiden anderen Quellen, Industrie und Reichsbahn, bereits ihre volle Belastung erreicht haben. Die Zahlungen sind bisher prompt geleistet worden und werden auch im kommenden Jahr geleistet werden, da das Aufkommen der verpfändeten Steuereinnahmen dafür haftet; es fragt sich nur, wie und ob es überhaupt möglich sein wird, den Etat auszubalancieren, dessen Defizit für das Jahr 1928/29 man bereits, gewiß nicht übertrieben hoch, mit 300 Millionen geschätzt hat.

Durch die bis jetzt erfolgte pünktliche Aufbringung der Zahlungen ist besonders im Auslande die Meinung entstanden, daß der Dawes-Plan durchaus befriedigend funktioniert habe und die Frage einer Revision durchaus nicht brennend sei. Aber die Mittel für die Zahlungen sind nicht, wie der Plan es vorsah, aufgebracht worden aus den Überschüssen der deutschen Wirtschaft oder aus den Ausfuhrüberschüssen; Deutschland hat nicht eigene Kapitalien ausgeführt, sondern die Zahlungen sind nur möglich geworden aus der großen Summe von Leihkapital, das als Strom kurz- oder langfristiger Anleihen aus dem Ausland nach Deutschland geflossen ist. Der Reparationsagent bezweifelt in seinem letzten Zwischenbericht die Fortdauer der ausländischen Kapitalgewährung an Deutschland und setzt damit, wenn auch nicht ausdrücklich, auch Zweifel in die Möglichkeit, daß Deutschland, ohne eine eigene Kapitalbildung und Lebenserhaltung in geradezu vernichtender Weise anzugreifen und zu verringern, in Zukunft imstande sein wird, die Verpflichtungen in der [illegible] enen Weise zu [illegible] noch nicht ge- [illegible] Bestimmungen [illegible] ung der Schuld- [illegible] herbeizuführen. [illegible] wahl und Eng- [illegible] den Neuwahlen [illegible], wie sie die Re- [illegible] muß, zu fassen. [illegible] dulden müssen, [illegible] auch unseren [illegible] nicht aufhören, [illegible] ner Revision in [illegible] serer Gläubiger [illegible] nd einen Kellog- [illegible] den Wirtschafts- [illegible] r bald!

[illegible] nkongreß.

[illegible] Baden.

[illegible] es in Paris ist [illegible] der Welt den [illegible] nicht als Zufall [illegible] unmittelbar in [illegible] ndrates be- [illegible] nnen, den auf [illegible] niedergelegten [illegible] sich in Genf [illegible] Ziel näherzu- [illegible], die in einigen [illegible] der Vierte Minderheitenkongreß in Genf eröffnet. Den Vorsitz führte der slowenische Abgeordnete im italienischen Parlament, Dr. Wilfan. Anwesend waren etwa 70 Delegierte der nationalen Minderheiten aus den verschiedensten Teilen Europas. Der Vorsitzende begrüßte die neu eingetretenen Gruppen der bulgarischen Minderheit in Rumänien und der ukrainischen Minderheit aus Polen und der Tschechoslowakei. Drei Minderheitsgruppen aus Deutschland sind im vorigen Jahre ausgetreten und bleiben dem diesjährigen Kongreß fern. Dr. Wilfan betonte, der Völkerbund müsse bei der überall hervortretenden nationalen Unduldsamkeit ernsthaft an die Behandlung des Minderheitsproblems herantreten und einen ständigen Ausschuß für diese Fragen bilden. An den amerikanischen Staatssekretär Kellogg wurde ein Telegramm gerichtet, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß er das Werk der Achtung des Krieges durch die Achtung der Vergewaltigung der Minderheiten in Europa krönen werde.

Mittwoch traf die deutsche Delegation in Baden-Baden ein und Staatssekretär v. Schubert begab sich sofort in das Hotel Bellevue zu Reichsaußenminister Dr. Stresemann, mit dem eine Besprechung über die Genfer Ratstagung stattfand. Danach wurde die Reise nach Genf fortgesetzt. Der Gesundheitszustand Dr. Stresemanns ist befriedigend.

51. Tagung des Völkerbundrates.

Stresemann und Chamberlain fehlen.

Donnerstag gegen Mittag begann der Völkerbundrat in Genf unter dem Vorsitz des finnischen Außenministers Procope seine erste nichtöffentliche Sitzung. Vor Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab der Ratspräsident seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß Sir Austen Chamberlain und Reichsaußenminister Dr. Stresemann verhindert seien, an den Beratungen teilzunehmen. Er erhielt die Ermächtigung, an die beiden Herren Begrüßungstelegramme mit dem Wunsche baldiger Genesung zu übermitteln. Der als Stresemanns Vertreter erschienene Staatssekretär von Schubert betonte, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann es außerordentlich bedauere, nicht anwesend sein zu können.

Die an die nichtöffentliche anschließende öffentliche Sitzung brachte kaum Stoff, der das Interesse der Öffentlichkeit in größerem Maßstabe beanspruchen konnte. Trotzdem sieht man den weiteren Beratungen mit großer Spannung entgegen, denn man erwartet, wenn auch nicht Entscheidungen, so doch grundsätzliche Auseinandersetzungen über die polnisch-litauischen Streitigkeiten sowie über die Fragen der Rheinlandräumung und der endlichen Klärung der deutsch-französischen Beziehungen.

Die Räumungsfrage.

Nach wie vor herrscht Unklarheit über den Inhalt des Gespräches zwischen Dr. Stresemann und Poincaré in Paris. Man ist sich darüber einig, daß zwar zwischen Stresemann und Briand alle zur Erörterung stehenden deutsch-französischen Fragen besprochen worden sind. Aber auch darüber ist Bestimmtes nicht bekanntgegeben worden. Man nimmt an, daß bei der Völkerbundsitzung auf Grund des Vorgehens der deutschen Regierung zwischen England, Frankreich, Belgien, Italien, Japan und den deutschen Vertretern Besprechungen über die endgültige Räumung des gesamten Rheinlandes abgehalten werden.

Staatssekretär von Schubert hat bei seinem Besuche in Baden-Baden mit Dr. Stresemann verhandelt. Reichskanzler Müller, der auf seiner Reise nach Genf am nächsten Sonntag Stresemann besuchen wird, wurde durch einen Beauftragten des Auswärtigen Amtes in Berlin über den Inhalt der Unterredungen Dr. Stresemanns mit Briand und Poincaré schriftlich und mündlich unterrichtet. Dr. Stresemann wird an den Reichskanzler bei seinem Besuch weitere Informationen geben.

Für Oesterreichs Anschluß.

Kundgebungen in Salzburg.

Auf Einladung der Bundes- und Landesregierung trafen ungefähr 500 Teilnehmer an der gegenwärtig in Bad Reichenhall stattfindenden Tagung des Deutschen Vereins für staatswissenschaftliche Fortbildung in Salzburg ein.

Die Gäste wurden im Festsaal der Residenz im Namen der Bundesregierung von Unterrichtsminister Schmitz begrüßt. Er sagte dabei u. a.: „Die Zeit, die verstrich, seit Österreich aus dem Deutschen Bund schied, ist, historisch gesehen, kurz. Die Zeit aber, in der Österreich, zumeist in führender Stellung, auch in staatlicher Gemeinschaft vereint mit dem gesamten Deutschtum wirkte, ist viel länger, und dennoch mußte es nach dem Kriege sozusagen erst entdeckt werden. Die Tagung des Vereins für staatswissenschaftliche Fortbildung ist uns darum so willkommen, weil sie uns deutsche Freunde und deutsche Brüder in das Land bringt, von denen mancher vielleicht zum erstenmal österreichischen Boden betritt.

Der Vorsitzende des Vereins, der deutsche Staatsminister a. D. Sämisch, wies darauf hin, daß die Republik Österreich in ihrer ersten Verfassung nach der Auflösung der österreichischen Doppelmonarchie sich als Teil der Deutschen Republik bekannt habe. „Beengend empfinden wir es, daß diese Anerkennung ausländischem Zwang hat weichen müssen, aber um so freudiger und dankbarer begrüßen wir es, daß im Rahmen unserer Vereinigung ein Zusammenschluß gerade auf dem Gebiete der außerordentlich wichtigen Zusammenarbeit der staatswissenschaftlichen Tätigkeit erfolgt ist."

Hindenburgs Besuch in Schlesien.

Über Oppeln nach Breslau und Liegnitz.

Reichspräsident von Hindenburg wird am 17. und 18. September die Grenzmark Oberschlesien besuchen. Der Reichspräsident trifft am Montag, dem 17. September, in Oppeln ein, wo er von den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden begrüßt werden wird. Der Reichspräsident wird darauf im Auto nach dem Industriebezirk zum Besuch der Städte Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz weiterfahren. Am Abend findet im Oberpräsidium in Oppeln ein großer Empfang der Vertreter der Behörden und der Wirtschaft statt. Am zweiten Tage wird der Reichspräsident die Stadt Ratibor besuchen, wo er von der oberschlesischen Provinzialverwaltung empfangen wird. Von Ratibor begibt sich der Reichspräsident nach Breslau. Am Abend findet im Oberpräsidium dortselbst ein großer Empfang statt. Am 19. September macht der Reichspräsident zunächst eine Rundfahrt durch Breslau. Um 11 Uhr vormittags wird im Rathaus ein Begrüßungsakt seitens der städtischen Körperschaften stattfinden. Es folgt ein Frühstück, das die Provinzialverwaltung im Landeshause gibt. Am nächsten Morgen fährt der Reichspräsident nach Liegnitz, von dort nach Glogau und nach Fraustadt. Danach erfolgt seine Rückkehr nach Glogau und ein Besuch bei Verwandten im Kreise Steinau. Anschließend begibt sich der Reichspräsident für drei bis vier Tage ins Manöver-gelände in der Gegend von Görlitz-Lauban

Benesch über Weltfrieden.

Schluß des Prager Kirchenkongresses.

In einer stark besuchten Volksversammlung, die der Weltkongreß der Kirchen für Frieden und Freundschaft veranstaltete, wurde eine Rede des tschechoslowakischen Ministers Dr. Benesch verlesen, der am persönlichen Erscheinen verhindert war.

Der Weltfrieden, so führte Dr. Benesch aus, könne nicht durch einen einzigen Akt oder durch einen einzigen Vertrag gesichert werden, auch nicht durch einen Akt, wie es das Genfer Protokoll war, oder die Locarnoverträge oder der Kellogg-Pakt. Vor allem handle es sich um die Möglichkeit, internationale Konflikte auf das Mindestmaß zu beschränken, indem die Ursachen der Konflikte rechtzeitig beseitigt werden. Der zweite Weg sei, daß die Beziehungen zwischen den Völkern in der Nachkriegszeit auf neue rechtliche und moralische Grundlagen gestellt werden und daß eine

feste internationale Rechtsordnung

geschaffen werde. Dr. Benesch kam zu dem Schluß, daß die lebendige und wirkliche Demokratie zum Träger und Förderer der neuen Ideen in den staatlichen Methoden und internationalen Beziehungen führen werde. Kirche und Religion würden immer demokratischer, und zwar nicht bloß in politischem, sondern auch in sozialem Sinne. Diese Entwicklung werde unaufhaltsam weitergehen und so würden Religion und Kirche nicht nur durch den rein religiösen und sittlichen Grundsatz, sondern auch durch ihre neue Entwicklung zum sozialen Fortschritt immer mehr und mehr die Idee des Friedens fördern und ihr dienen.

Die Jugendarbeit,

über die man dann sprach, behandelte der Führer der christlichen Jugendbewegung in Deutschland, Professor Siebtin. Er betonte, es sei eine dringende Aufgabe der Kirchen, die Jugendorganisationen der verschiedenen Völker in lebendige persönliche Berührung miteinander zu bringen. Zu diesem Zwecke sollen größere und kleinere internationale Konferenzen veranstaltet werden. Zu einer Entschließung über die Minderheitenfragen wird nachdrücklich gefordert, daß alles getan wird zur Anerkennung des

Rechtes der Minderheiten,

die eine wichtige Voraussetzung für die Versöhnung der Nationen und die Aufrechterhaltung des Friedens seien.

Zum Präsidenten des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen wurde der Erzbischof von Canterbury, Dr. Davidson, der demnächst von seinem Amte als Primas der englischen Staatskirche zurücktreten wird, wiedergewählt. Als internationaler Sekretär des Weltbundes ist von deutscher Seite der Berliner Universitätsprofessor Dr. Siegmund-Schultze gewählt worden.

Erzbischof Soederblom

aus Upsala hielt bei einem den Kongreß abschließenden Gottesdienst eine Ansprache über die „Weihe zum Frieden". Dr. Soederblom stellte einleitend fest, daß nach der Statistik eines Sachverständigen heute in Europa trotz der Abrüstung der vier besiegten Mächte mehr Männer unter Waffen stünden als vor dem Kriege und mehr Geld für Kriegszwecke ausgegeben werde als damals. Diesen Tatsachen gegenüber könne die Christenheit nicht schweigen. Es genüge nicht, den Krieg humaner zu machen. Wir müßten das Töten selbst vernichten. Der Kellogg-Pakt ehre die Menschheit und unser Geschlecht, er müsse jedoch ein Rückgrat erhalten in einer sicheren internationalen Vereinbarung mit einem starken Gerichtshof. Der Friede verlange ein einheitliches und endgültiges Organ für die Zusammenarbeit der christlichen Kirchen.

Stinnes jun. vor dem Untersuchungsrichter.

Die Beschuldigungen in der Anleiheaffäre.

Das aufsehenerregende gerichtliche Ermittlungsverfahren wegen angeblich betrügerischer Verwertung von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280901-11/fragment/page=0005